Nordische Zukunft

Zeitschrift des Nordischen Ringes e.V.



FOLGE 2 — 10. JAHRGANG 1984

ES GIBT DREI STUFEN :

Die erste:

Der Heimat den Rücken zu kehren — den Himmel stürmen wollen — die Welt aus den Angeln heben.

Die zweite:

Sich, der Welt gram, der Heimat wieder zuwenden, in ihr alles sehen, sie zum Mittelpunkt allen Lebens machen, die Welt da draußen verachten.

Die dritte und höchste:

Mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen, mit der Welt vor Augen die Heimat liebend und bauend durchdringen.

GORCH FOCK

Entnommen der Eckartschrift, Heft 74, Seite 12, „Deutsche Spruchweisheit", zusammengestellt von Bruno Czeitschner, Österreichische Landsmannschaft, Wien 1980

Geburtenrückgang : DAS DEUTSCHE VOLK STIRBT AUS!

Zur Zeit haben wir in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 30% der Ehepaare ohne Kinder. Während 1957 noch 30% der Ehepaare 2 Kinder hatten, waren es 1975 nur noch 26 %. Inzwischen liegen die Zahlen bei 22 %! Nur rund 13% der Familien haben 3 oder mehr Kinder. Es sind folgende Gründe für den starken Geburtenrückgang zu nennen :
Viele Familien wollen es nicht verantworten, in der heutigen Welt Kinder zu zeugen. Wenn man bedenkt, daß zwischen 1933 und zu Beginn des Krieges dagegen sehr viele Kinder geboren wurden, muß man damals doch sehr zufrieden gewesen sein!
Viele Familien glauben zu wenig zu verdienen, um ihren Kindern Chancengleichheit gegenüber anderen zu gewährleisten. Dabei steht doch im Grundgesetz : Alle sind vor dem Gesetze gleich, und schulisch sollten arm und reich gleiche Möglichkeiten haben. Es gab einmal Zeiten in Deutschland, da wurden tatsächlich alle bildungswilligen gleich gefördert. Viele Familien fühlen sich nicht stark genug, Kinder zeitgerecht zu erziehen. Hier zeigen sich klare erzieherische Bildungslücken, die es nicht geben dürfte.
Viele junge Familien wollen erst ihr Leben "auskosten" und dann Kinder haben; oft sind sie dann schon über 35 und fühlen sich zu alt dafür. Oftmals hört man solche Redensarten : "Bevor ich mir ein Kind leisten kann, brauche ich erst noch ein Haus, ein Auto, eine Spülmaschine ..." Hinzu kommen noch die steigenden Abtreibungszahlen. Im vergangenen Jahr ließen sich ca. 250000 Frauen bei uns ihr Baby durch eine Abtreibung nehmen ! Merkwürdig arbeitet in diesem Zusammenhang die Vereinigung "Pro Familia", die in Richtung auf Schwangerschaftsabbrüche berät und an sich den Namen auf "Anti-Familia" umnennen müßte.
Dieser starke Geburtenrückgang hat natürlich seineFolgen :
Zum Erhalt der derzeitigen umfangreichen Sozialleistungen müssen die Steuern und Sozialabgaben drastisch erhöht oder die Renten gesenkt werden. Um das stetig steigende Produktionsvolumen zu bewältigen, wird es zu einer absoluten Automatisierung jeglicher Arbeit kommen. Lehrer und Erzieher müssen zu Altenpflegern umgeschult werden ! Eine sehr große Gefahr besteht aber bei der steigenden Zahl der 1-Kind-Familien : Die Liebe zum einzigen Kinde überschreitet nicht selten die Grenze des Normalen. Das ist verständlich, und wer um das täglich sich erneuernde Glücksgefühl junger Eltern weiß, wird nicht allzu hart urteilen. Aber dem Kinde erscheint seine Umgebung als Norm. Wenn es in übertriebener Verzärtlichung aufwächst, so erwartet es überall dasselbe Entgegenkommen wie im Elternhaus. Die Außenwelt, deren Verhalten von keinerlei Vaterstolz oder Mutterliebe beeinflußt wird, erscheint ihm kalt und lieblos. Die dadurch entstehenden Hemmungen machen dem Heranwachsenden so zu schaffen, daß seine angeborenen Fähigkeiten sich nicht zu voller Kraft entfalten. Während die große Familie aus sich selbst heraus den Ausgleich schafft zwischen Elternliebe und Lebenstatsachen, wird das verhätschelte Einzelkind vom "feindlichen" Leben mit voller Wucht getroffen. So kann es zu einem Widerwillen gegen alles, was den persönlichen Einsatz fordert, kommen. Schule und Lehrstelle sind ihm verhaßt, und es fühlt sich verlassen in der Fremde. Bekanntlich kommt es so zu Selbstmorden, denn die Selbsttötungen bei Kindern steigen leider auch ständig!
Mutterliebe wird nur in der Betreuung mehrerer Kinder zum Segen ! Konzentriert sie sich auf das einzige, so wird sie unmerklich zur "Affenliebe".Das einzige Kind bekommt alles im Überfluß : Zuviel Spielzeug, zuviel Naschwerk, zuviel Fernsehen, zuviel Pflege ! Daheim wird es vergöttert und auf der Straße dient es als Paradepuppe.Das sind Wirklichkeiten, die man täglich beobachten kann. Ist es ein Wunder, wenn so ein Kind verwöhnt, reizbar und wählerisch wird ? Es hat ganz recht, wenn es beim Essen die weniger

schmackhaften Speisen verschmäht, denn es weiß, daß es hinterher doch mit Leckerbissen gefüttert wird. Wenn aber mehrere Kinder am Tisch sitzen, so lernt jedes rasch zugreifen. Will eines zimperlich tun, so essen ihm die anderen alles weg, und es steht hungrig vom Tische auf.
Das ständige Mittelpunktsein verursacht in der Seele des einzigen Kindes nicht selten schwere Schäden. Sein Geltungsbedürfnis bildet sich stärker aus, der Trieb der Auflehnung, der an sich schon allen Müttern zu schaffen macht, kann unerträglich werden. Während bei größerer Kinderzahl die natürliche Selbstsucht sich weniger hervorwagt, ist das einzige Kind oft genug ein wahrer Tyrann : Es kennt nur sich und seine Wünsche ! Das ständige Liebezeigen der Eltern, deren Fürsorge durch keinerlei Rücksicht auf andere Kinder gehemmt ist, erzeugt in ihm die unbewußte Vorstellung : Ihr seid nur für mich da ! - Denselben Maßstab legt es unwillkürlich an seine Mitmenschen. So wächst es heran in der trügerischen Meinung, die Welt schulde ihm Rücksichten, deren Erwarten es von einer Enttäuschung in die andere stürzt. Das Leben aber schreitet über sie hinweg, es anerkennt nicht Ansprüche, sondern Leistungen. Es ist das erste und selbstverständliche Recht des Kindes, ein Kind zu sein, und zwar unter seinesgleichen. - Vom Kinde begehrt ist die Welt des Kindes, nicht die der Erwachsenen. Wenn es nur die Eltern um sich sieht, verkümmern die nach Entfaltung drängenden kindlichen Urtriebe. Anstatt unbefangen und zwanglos, wie es seinem Wesen entspricht, mit Geschwistern zu spielen, belauscht es die Gespräche und Daseinsformen der Erwachsenen. In der ihm eigenen Sprache sagt es Dinge, die es gesehen oder "aufgeschnappt" hat, deren Hintergründe ihm aber verschlossen sind. Gewiß ist diese Art "Kindermund" zuweilen erheiternd, aber die Eltern vergessen, daß hier oft recht scharfe Beobachtungen zum Ausdruck kommen. Solches "altkluges"Verhalten ist für die Entwicklung nicht günstig. Ist es die Aufgabe eines Kindes, Erwachsene zu beobachten ? - Nein, es soll spielen, herumtollen, ja, es darf sogar Tassen und Teller zerbrechen, denn es soll vor allem kindlich sein ! Auch die ähnliches verursachenden, vom Fernsehen ausgehenden Gefahren sind nicht zu unterschätzen. Da ist z. B. der Nachahmungstrieb. Beim einzigen Kinde ist er gezwungen, sich an das Vorbild der Eltern zu halten. Wobei sicherlich die Vorbilder im Fernsehen weitaus gefährlicher sind. Aber ein Kind, das Erwachsene nachahmt, ist ebenso unnatürlich wie ein "kindlicher" Mensch.
Das Vorhandensein mehrerer Kinder befreit die Mutter auch von der ständigen Aufsicht. Zwanglos und selbstverständlich nimmt das Älteste die Jüngeren in Obhut. Aber das einzige Kinde hängt dauernd an Mutters Schürze ! Oft ist sie bei der Arbeit behindert und schickt den kleineren Plagegeist auf die Straße. Doch unsichtbar geht das sorgende Mutterherz mit. Sie weiß, dort lauern Gefahren, nicht nur durch Autos und Verkehr.
Auch von anderen Gesichtspunkten muß das Problem des einzigen Kindes betrachtet werden. Es ist sicherlich ein Unterschied, ob eine Mutter beim Tod ihres Einzigen grüblerischem Weltschmerz anheimfällt, oder ob sie sich mit doppelter Hingabe den anderen Kindern widmet. Außerdem hat das einzige Kind im späteren Leben keine Blutsverwandten ! Die große Familie gibt sich gegenseitig einen Halt, auch wenn ihre Glieder im Lande und außerhalb des Landes zerstreut sind.
Politiker und alle Verantwortlichen sollten dafür sorgen, daß Kinder nicht zur Randgruppe unserer Gesellschaft werden - oft hat man den Eindruck, daß sie es leider schon sind !
Zum Schluß möchte ich noch kinderreiche Familien aufzählen, aus deren Mitte große Deutsche gekommen sind : Schiller, Beethoven und Goethe waren jeweils 6 Kinder. Kant und Wagner hatten noch 8 Geschwister. Lessing stammt aus einer 13köpfigen Familie. Schubert hatte noch 13 und Dürer gar noch 18 Geschwister !

Einwanderer in Schweden

"Finndjävul" ! Dieses Schimpfwort - Finnenteufel - ist keinem der vielen in Schweden lebenden Finnen unbekannt. Häufig machen Schweden ihrer Abneigung gegen die Fremden damit Luft. Finnen - die stechen mit Messern und saufen. Das ist eine landläufige Meinung. Ein gewisses Überlegenheitsgefühl gegenüber den Leuten aus dem früheren Ostteil des schwedischen Königreiches mag sich, selten, hier und da unterbewußt einschleichen. Jedenfalls empfinden manche Finnen es so. Die Finnen stellen die größte Gruppe unter den zahlreichen Einwanderern nach Schweden. Und gerade sie, mehr als andere, stossen auf Vorurteile. Darunter leiden viele Finnen. Es gibt Isolation, Einsamkeit, Verlorenheit zwischen dem kühlen Glas und Beton der rationalisierten schwedischen Wohlfahrtsgesellschaft, auch sprachliches Unverständnis. Was sich am nächsten lag - Schweden und Finnen - , steht sich scheinbar am fernsten.

Und doch sollen alle Einwanderer in die schwedische Gesellschaft als Gleiche unter Gleichen eingefügt werden. Darauf zielt die gesamte schwedische Einwanderpolitik : Allen Einwanderern sollen die gleichen materiellen und rechtlichen Möglichkeiten offenstehen, wie sie die Schweden geschaffen haben.

Darum gibt es den Begriff Gastarbeiter in Schweden nicht. Alle sind Einwanderer, auch wenn sie nur eine Weile bleiben. Sie werden nicht als einzelne Arbeitskräfte aufgenommen, die nur vorübergehend geduldet werden sollen und darum entsprechend provisorisch untergebracht werden, sondern werden von vornherein mit Familienzuzug geduldet.

Das läßt sich nur machen, sofern die Einwanderung unter Kontrolle bleibt. Mit dem freien Strom von Arbeitskräften innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in die jeweils attraktivsten Länder läßt sich die schwedische Situation nicht vergleichen. Schweden begrenzt die Zuwanderung, um die Integration meistern zu können und den Arbeitsmarkt nicht in konjunkturschwachen Perioden zu überschwemmen. Doch hier machen die Finnen eine Ausnahme. Die skandinavischen Länder besitzen einen gemeinsamen freien Arbeitsmarkt. Wegen des Lohngefälles und der im Norden Finnlands herrschenden strukturbedingten Arbeitslosigkeit sind es meist Finnen, die von der Freizügigkeit Gebrauch machen. Sie kommen nach Schweden. Wendet sich dort die Konjunktur und steigt der Bedarf an Arbeitskräften in Südfinnland, strömen viele zurück. Jetzt fühlen sich auch Dänen von Schweden angezogen, wo sie eher Arbeit finden und nicht ganz so hohe Steuern bezahlen müssen wie in Dänemark. Die skandinavischen Einwanderer sollen eigentlich über die öffentlichen Arbeitsämter in Stellen vermittelt werden. Wenn aber die schwedische Industrie direkt in den Nachbarländern Arbeitskräfte wirbt, beklagen sich, wie das gerade jetzt geschehen ist, die Gewerkschaften; ältere schwedische Arbeiter und Behinderte geraten ins Hintertreffen.

Aber alle anderen, Deutsche, Jugoslawen, Türken oder wer sonst, müssen den strengen Weg der Genehmigungspflicht wandern. Schon ehe sie ins Land kommen, müssen Staatsangehörige außernordischer Länder sich ein Stellungsangebot aus Schweden beschaffen und auch die Wohnungsfrage klären. Dann muß bei der schwedischen Botschaft im jeweiligen Herkunftsland der Antrag auf eine Arbeitsgenehmigung gestellt werden. Über den Antrag entscheidet das staatliche Einwandereramt zusammen mit der Arbeitsmarktbehörde, wobei die Lage auf dem schwedischen Arbeitsmarkt berücksichtigt wird. Herrscht zum Beispiel in Schweden eine greifbare Arbeitslosigkeit, bietet auch das Stellenangebot keine Garantie, daß der Antrag auf Arbeitsgenehmigung bewilligt wird.

Der Grundsatz der Gleichheit zwischen Ausländern und Schweden gilt erst, soweit die Ausländer bereits zu Einwanderern geworden sind und die Hürden der Genehmigungen übersprungen haben. Wer als Tourist ins Land kommt

und bleiben will, hat mit Abschlag zu rechnen. Um die trotzdem recht hohe "graue" Einwanderung zu hemmen, weist das Einwanderamt in der Regel Anträge auf Arbeitsgenehmigung von Leuten zurück, die sich nicht schon vor der Einreise die Erlaubnis besorgt haben. Wer einmal die Arbeitsgenehmigung und die Aufenthaltsgenehmigung in der Tasche hat, kann frühestens nach zwei Jahren die Niederlassungserlaubnis bekommen, die ihn zum Beispiel zum Gewerbetreibenden berechtigt - sofern er seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, keine Schulden hat und nicht in Schweden ernstlich vorbestraft ist. Nach sieben Jahren kann die Einbürgerung mit einem schwedischen Pass folgen.

Nach dem Kriege begann allmählich der Zustrom in das bis dahin recht isolierte Land im Norden. Erst in den sechziger Jahren drang das Einwandererproblem als eine Frage, zu der jeder persönlich zwangsläufig Stellung zu beziehen hatte, ins öffentliche Bewußtsein. Zwei Tendenzen liegen seitdem im Widerstreit miteinander : die auf soziale Integration zielende Einwanderpolitik der Behörden und Ämter und auf der anderen Seite die mit Vorsicht vermischte Reservation in der Bevölkerung, hier und da sogar eine verhüllte Fremdenfeindlichkeit.

Dieser Widerspruch kann sogar, wie Professor Arne Trankell in einer Untersuchung festgestellt hat, dazu führen, daß in einer Gesellschaft, die offiziell Vorurteile gegen Fremde verurteilt, solche Personen in schwere Neurosen geraten können, die trotzdem Vorurteile spüren. Sie werden nicht mit der an sie gestellten Anforderung zur Offenheit und Anpassung fertig. Sie stecken, wie der Professor es ausdrückt, in der Klemme zwischen ihren eigenen Vorurteilen und dem offiziellen Tabu, mit dem es verboten wird, Vorurteile zu äußern. Die meisten Vorurteile - weil hier das Gefühl der konkurrierenden Existenzbedrohung am stärksten ist - hat der Professor bei Arbeitern festgestellt. Bei höherer Ausbildung, eigener Auslandserfahrung und jüngerem Lebensalter nehmen Furcht und Widerwille gegenüber Ausländern ab. Die gleiche auflockernde Wirkung zeigen persönliche gelegentliche Kontakte mit Fremden, jedoch weniger die unmittelbare Arbeitsplatzgemeinschaft mit Einwanderern. Da spielt schon wieder die Konkurrenz hinein.

Die Untersuchung deckte eine Wertskala in der Fremdenbeurteilung vieler Schweden auf - die ihr eigenes Volk für das beste halten -, bei der Dänen und Norweger viele Pluspunkte geniessen, Finnen, Griechen und Jugoslawen dagegen weit unten rangieren. Die meiste Antipathie hat sich gegen die Finnen gestaut. Die Behörden wenden intensive und kostspielige Anstrengungen gerade daran, Abneigungen durch Aufklärung und sachliche Information von der Grundschule an abzubauen.

Was ist der Gegenstand der Bemühungen und so vieler gefühlsbedingter Urteile ? Schweden hat etwas über acht Millionen Einwohner. Schon vor zehn Jahren waren annähernd 650000 Einwanderer darunter, wobei die umfangreichsten Gruppen die Finnen (197000), die Jugoslawen (41000), die Dänen (29000), die Norweger (27000), die Deutschen (19000), die Griechen (17000) und die Italiener (7000) stellten. Außer den 650000 Einwanderern mit ausländischer Staatsangehörigkeit hatten 250000 Einwanderer die schwedische Staatsbürgerschaft angenommen. In den letzten Jahren sind die Zahlen durch Asylanten angestiegen.

Die Ausländer leben oft konzentriert in den Betonkästen der Vorstädte der großen Industrieorte, in den teuren Neubauwohnungen. Da der an Familien mit Kindern, ohne hohes Einkommen, gezahlte Mietzuschuß aus öffentlichen Mitteln erst nachträglich wirkt, muß häufig zunächst die örtliche Sozialhilfe einspringen, damit die Mieten bezahlt werden können. Fast bildet sich ein Risiko der Gettobildung heraus : in südwestlichen Vororten Stockholms beispielsweise. In Tensta sind über 30 Prozent Einwanderer, jedes vierte Schulkind ist ausländischer Herkunft, meist finnischer. Es gibt Vororte, in denen sich

Schweden beklagen, man werde schon schief angesehen, wenn man kein Ausländer sei. Die Ballung von Ausländern in bestimmten Neubaugebieten kommt ganz von allein : die Wohnungsvermittlung kann Wohnungen in solchen Blocks anbieten, sie stehen gerade zur Verfügung, also ziehen die Zuwanderer dorthin. Manche Schweden beklagen die Wohnkonzentration als Integrationshindernis, andere wollen sie eher fördern, weil sich viele Einwanderer wohler fühlen, wenn sie in der Nähe anderer aus dem gleichen Land mit derselben Sprache und ähnlichen Problemen leben. Eine Steuerung der Wohnungsvermittlung speziell für Einwanderer gibt es nicht.

In Ballungszentren hat man für die Schulkinder Vorbereitungsklassen geschaffen. In Tensta zum Beispiel sind für die Grundstufe, die Zwischenstufe und die Oberstufe Vorbereitungsklassen für finnische Kinder mit einem finnisch sprechenden Klassenlehrer und Klassen für die übrigen ausländischen Kinder eingerichtet, die einen schwedischsprachigen Klassenlehrer, aber auch Helfer in ihrer eigenen Sprache haben. Schon während der Vorbereitungszeit in diesen Klassen haben die Kinder manche Fächer gemeinsam mit ihren künftigen Kameraden der schwedischen "normalen" Klasse gemeinsam. Formal besitzen die Einwandererkinder auch später das Recht auf zwei Stunden Unterricht in ihrer Muttersprache. Aber das geht nur dort, wo genügend Schüler für eine solche Fremdsprache (vom Schwedischen aus gesehen) und vor allem ausreichend sprachkundige Lehrer vorhanden sind.

Das sind die, zusammengehörenden, zwei Seiten der Hilfe für die Einwanderer; sie sollen sich mit dem Mittel der schwedischen Sprache schnell in die neue Umwelt einfügen können und doch ihre Identität nicht verlieren müssen. Dazu müssen sie auch ihre Muttersprache und den kulturellen Zusammenhang mit ihrem Herkunftsvolk pflegen können. Zunächst hatte Schweden nur die erste Seite, die Anpassung ans Schwedische, betont und bald bemerkt, wie ernst die "Sprachlöcher" und der Identitätsverlust besonders Einwandererkinder und deren Verhältnis zu ihren Eltern belastet haben.

Was Schweden für die Einwanderer bezahlt, verteilt sich derart auf alle Gemeinden und Ämter, daß eine Ziffernübersicht nicht möglich ist. Nach Ansicht des Arbeitsmarktministeriums ist eine solche Gelderaufstellung auch gar nicht erwünscht, weil die für Einwanderer aufgewendeten Summen kein "gebranntmarktes Geld" sein sollen, sondern aus Gleichheits grundsätzen in den allgemeinen finanziellen Anschlägen aufgehen. Dahinter verbirgt sich aber eher die technische Schwierigkeit einer Einwanderer-Kostenrechnung,weil sie so umfassend wäre. Nur schwache Hinweise geben einige Posten : Im Haushaltsjahr Juli 1974 bis Juni 1975 sind dem Einwandereramt für Koordination und Information 16,5 Millionen Kronen zugeteilt, daneben gibt es eine "Anpassungsveranschlagung" mit 4,2 Millionen Kronen. Der Schwedischunterricht für Einwanderer kostet 48,5 Millionen Kronen (die Erwachsenenbildungseinrichtungen und Universitäten bieten Schwedischkurse an), ohne die speziellen Lehrerausbildungskosten der Schulen und die kommunalen Aufwendungen. Auch die Unternehmen leisten Anpassungshilfe.

Es geschieht eine Menge, auch wenn nicht alles so verwirklicht wird, wie Gutachter und Gesetzgeber es sich vorgestellt haben. So gibt es seit Juli 1973 ein Gesetz, das die Unternehmen verpflichtet, in der bezahlten Arbeitszeit eingewanderte Arbeitskräfte, wenn ein Test das als nötig ausweist, bis zu 240 Stunden Schwedisch lernen zu lassen. Aus dem Schwedisch-Unterricht während der Arbeitszeit ist aber nicht viel geworden. Die Firmen stellen ungern arbeitslose Einwanderer - die schon länger im Land sind - ohne ausreichende Schwedischkenntnisse an. Entsprechend machen nicht viele Einwanderer von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch, das es ihnen ersparen will, nach einem langen und anstrengenden Arbeitstag mit geschwächtem Aufnahmevermögen in den -meist kostenlosen - Abendunterricht zu gehen.

Schweden strengt sich an, mit seinen Einwanderern zu leben. Ob die von der Einwandererpolitik erstrebte Gleichheit und Zusammenarbeit schließlich im Bewußtsein der Schweden Fuß faßt, ob offizielle fördernde Maßnahmen und Volksstimmung zum Gleichklang finden, kann erst die Zukunft zeigen. Eine Weile werden die schwedischen Schulkinder noch große Augen machen, wenn ihr moslimischer Klassenkamerad bei der Schulspeisung im Ramadan fastet. Und trotz - vielleicht wegen ? - aller staatlichen Anstrengungen, Diskriminierungen wegzudrücken, wird der Ruf "Finndjävul" nicht sogleich verschwinden.

Claus Gennrich

Demographische Ziele und bevölkerungsrelevante Politik der Mitgliedsländer des Europarates

Ein Vergleich ausgewählter Regierungsberichte für die Europäische Bevölkerungskonferenz in Straßburg vom 21. bis 24. September 1982

Bundesrepublik Deutschland

Künftige Bevölkerungsentwicklung

Es wurden mehrere Modellrechnungen durchgeführt. Für die deutsche Bevölkerung wird von einer kontinuierlichen Abnahme, für die ausländische Bevölkerung bis zum Jahre 2000 von einer Zunahme ausgegangen.

Regierungsstandpunkt und öffentliche Meinung

Ein begrenzter Bevölkerungsrückgang wird wegen der hohen Bevölkerungsdichte nicht als besorgniserregend empfunden, auch wenn sich das negativ auf die Altersstruktur auswirken sollte. Der Bevölkerungsrückgang wird von der Öffentlichkeit teils als vorteilhaft, teils als nachteilig angesehen. Die Medien stehen der demographischen Entwicklung zur Zeit indifferent gegenüber, was zum Teil mit darauf zurückzuführen ist, daß eindeutige Erkenntnisse über Ursachen und Folgen der Bevölkerungsentwicklung nicht vorliegen.

Die demographischen Ziele

Handlungsgrundlage der Regierung für Maßnahmen auf demographischem Gebiet ist das Grundgesetz. Danach sind Ehe und Familie durch eine freiheitliche und soziale Rechtsordnung geschützt. Daraus resultiert:

a) Mann und Frau entscheiden in Eigenverantwortung über Zahl und Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder
b) Der Staat garantiert das Recht auf Leben unter menschenwürdigen Bedingungen; das verpflichtet den Staat aber nicht, die kinderreiche Familie als Ziel anzustreben, hindert ihn aber auch nicht, kinderreiche Familien zu unterstützen.

Die dichte Besiedlung der BRD schließt eine auf Wachstum ausgerichtete Bevölkerungspolitik im Interesse zufriedenstellender Lebensbedingungen aus. Wünschenswert erscheint eine kontinuierliche demographische Entwicklung ohne große Schwankungen. Unmittelbare staatliche Maßnahmen zur Steuerung der Geburtenentwicklung werden abgelehnt. Daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Entscheidung der Eltern über die Zahl der Kinder beeinflussen können, wird nicht in Frage gestellt.

Bevölkerungsrelevante Politik

Mit Hilfe der Familienpolitik versucht der Staat die Lebensbedingungen der Familien zu verbessern. Die Familienpolitik ist aber nicht demographisch motiviert, sondern sie geht ausschließlich von den Interessen und Bedürfnissen der Familie aus. In diese Politik sind auch die Forschungen über Bevölkerungs- und Familienfragen, die Sammlung wissenschaftlicher Erkenntnisse über Bevölkerungsfragen, sowie deren Publikation einzuordnen. Die regionale Entwicklung der Mortalität und Morbidität werden als ein Schwerpunkt mit erwähnt.

Darüber hinaus werden von Bund und Ländern Raumordnungsprogramme und Raumordnungspläne erarbeitet, mit deren Verwirklichung die interregionalen Wanderungstendenzen (sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich) beeinflußt werden sollen. Zudem möchte man durch Verbesserung der Wohnumfeldverhältnisse der Abwanderung in das Umland großer Städte entgegenwirken.
Die Ursachenforschung der Bevölkerungsentwicklung gewinnt ständig an Bedeutung. Sofern die Erkenntnisse auf diesem Gebiet durch eingehende Analysen abgesichert bzw. deren Bedeutung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft offenkundig sind, können sie neue Akzente für eine bevölkerungsrelevante Politik setzen.

Belgien

Künftige Bevölkerungsentwicklung

Ende 1980 ergab die Verteilung der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen folgendes Bild:
unter 15 Jahre 20,3% (1970 = 23,6%)
15–64 Jahre 65,4% (1970 = 63,0%)
65 und älter 14,3% (1970 = 13,4%).
Aufgrund dieser Veränderungen der Altersstruktur kann man auch für den Zeitraum 1981–1985 Verschiebungen erwarten. Einerseits kommen die durch den Ersten Weltkrieg dezimierten Jahrgänge ins Rentenalter und andererseits werden die aktiven Jahrgänge (im Alter von 15–64 Jahren) durch noch unter 18jährige verstärkt, deren Anteil allerdings abnehmen wird (wegen der nach 1964 Geborenen). Schließlich werden zwischen 1981 und 1985 auch die Jahrgänge aus dem Zweiten Weltkrieg in der Gruppe der älteren Aktiven (40–64 Jahre) zu finden sein.
Somit wird die Generation der jüngeren Erwachsenen (15–39 Jahre) in diesem Zeitraum ein Maximum erreichen, während die Zahl der Personen in den anderen aktiven Altersgruppen bereits abnimmt.

Demographische Ziele

Eine allgemeine Politik bezüglich der demographischen Variablen läßt sich mit Erlassen allein nicht realisieren. Eine Reihe von Aspekten sind nur langfristig im Rahmen einer globalen Politik zu verwirklichen. Jede demographische Politik ist somit Teil der Gesellschaftspolitik. Die Entwicklung einer zusammenhängenden Gesellschaftspolitik in Belgien hat insofern große Rückwirkungen auf die demographische Entwicklung, was sich anhand direkter und indirekter Indikatoren nachweisen läßt.

Bevölkerungsrelevante Politik

Da der Wunsch nach Kindern nicht eingeschränkt werden darf, hat Belgien in der Familienpolitik eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen getroffen, wie zum Beispiel Mutterschaftsurlaub, Adoptionsmöglichkeiten, Arbeitszeitregelungen für Frauen, Kurzurlaub, Schaffung von Kinderhorten, Schülertransport usw. Auch durch Steuererleichterung wird finanziellen Ungleichheiten der Familien mit Kindern begegnet.
Auf sozialem Gebiet sind als weitere ergänzende Maßnahmen zu erwähnen: Studienbeihilfen, Transportkostenermäßigung, zinsverbilligte Hypotheken, Zuweisung von Sozialwohnungen, Sozialhilfeleistungen usw.
Um die Entscheidung über die Größe der eigenen Familie zu erleichtern, geben die Behörden im großen Stil eine Reihe von Publikationen heraus, um die Familienplanung zu unterstützen, ohne jedoch in irgendeiner Form Vorschläge über die Zahl der Kinder zu unterbreiten. Die Familie gilt als zentrale Lebenseinheit, als Mittelpunkt allen sozialen Wohlstands und als idealer Ort der Erziehung.
Unmittelbare Maßnahmen, die Binnenwanderung zu steuern, existieren nicht. Unabhängig davon wurde im Planungsministerium der Versuch unternommen, Wohngebiete festzulegen, um damit das wilde Siedeln in Ballungsgebieten zu stoppen. Diese Pläne haben bisher aber noch nicht Gesetzeskraft.
Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurden neben den medizinischen auch Maßnahmen psychisch-sozialer Natur eingeführt. Dazu zählen Vorsorge- und Heilmaßnahmen für Kleinkinder ebenso wie der Informationsdienst über die Gefahr des Rauchens, über die Sicherheit am Arbeitsplatz, über Geschwindigkeitsüberschreitungen usw.
Neben den Einrichtungen für ältere Menschen in Altersheimen – finanziert insbesondere durch die öffentlichen Sozialhilfezentren –, wurden auch eine Reihe von Institutionen für diejenigen ins Leben gerufen, die zu Hause leben wollen.

Vorrangige Aufmerksamkeit wird den Umweltfragen gewidmet, da sie ebenfalls die öffentliche Gesundheit im allgemeinen, wie auch zu Hause und am Arbeitsplatz tangieren. Darüber hinaus wurde ein umfassendes statistisches Informationssystem geschaffen, in dem alle gesundheitsrelevanten Daten gespeichert sind. Die Verwaltungsdienste können dort alle Daten, wie z. B. über Sterblichkeit, Schwangerschaft usw., jederzeit abrufen. Ergänzt werden all diese Maßnahmen durch laufende Untersuchungen über Bevölkerungs- und Familienprobleme.

Niederlande

Künftige Bevölkerungsentwicklung

Man nimmt an, daß das Heiratsalter ansteigen wird. Die Zwei-Kinderfamilie wird als Norm der Zukunft angesehen. Infolgedessen wird – von periodischen Schwankungen abgesehen – angenommen, daß die Fruchtbarkeit in Zukunft niedrig bleiben wird. Die Scheidungsrate wird voraussichtlich zunehmen, und die Wiederverheiratungen werden an Bedeutung verlieren, insbesondere dann, wenn keine Kinder vorhanden sind, die Anlaß für eine Zweitheirat sein könnten.
Bei der Sterberate wird ein weiter fallender Trend angenommen.

Regierungsstandpunkt und öffentliche Meinung

Die Regierung vertritt die Auffassung, daß ein weiteres Bevölkerungswachstum sich nicht zum Wohl der Bevölkerung auswirkt. Über Familiengründung und Fortpflanzung entscheiden die Partner grundsätzlich frei und in eigener Verantwortung, ebenso wie über die Anzahl der Kinder und den Zeitpunkt der Geburt. Aus diesen Gründen wird der Verbreitung von Informationen über Bevölkerungsfragen Priorität eingeräumt. Gleiches gilt für die Förderung der Familienplanung, speziell bei den Gruppen mit hohem „unerwünschtem" Schwangerschaftsrisiko, d. h. bei jungen Leuten und Ausländern. Der Regierung erscheint es deshalb unter anderem notwendig, die Einwanderungsquote einzuschränken, allerdings mit Ausnahme der Familienzusammenführung und bei humanitären Gründen. Einer verstärkten Auswanderung steht die Regierung positiv gegenüber.
Von der Öffentlichkeit werden Bevölkerungsfragen heute weniger problematisch als noch vor einigen Jahren angesehen. Etwa die Hälfte der niederländischen Bevölkerung halten die künftige demographische Entwicklung für annehmbar und nur 30% befürchten eine Übervölkerung.
In der öffentlichen Diskussion um die räumliche Bevölkerungsverteilung und den Urbanisationsprozeß in den vergangenen Jahren wurde der Entwicklung der Innenstädte größere Bedeutung beigemessen als einer verstärkten Besiedlung des Stadt-Umlandes.

Demographische Ziele

Gestützt auf Untersuchungen der königlichen Bevölkerungskommission, vertritt die Regierung die Auffassung, daß ein weiteres Wachstum der Bevölkerung sich negativ auf den nationalen Wohlstand auswirkt und aus diesem Grunde ein weiterer natürlicher Bevölkerungszuwachs nicht wünschenswert sei. Die derzeitige Fruchtbarkeit liegt unter dem erforderlichen Niveau, um die ältere Generation durch die jüngere zu ersetzen. Diese Situation wird in voraussehbarer Zukunft zu einer Beendigung des Bevölkerungszuwachses führen, was von der Regierung positiv beurteilt wird. Zumindest wird die Regierung nicht versuchen, den Fruchtbarkeitstrend in den nächsten Jahren zu beeinflussen. Eine Entwicklung der Fruchtbarkeit, die sich 15 bis 30% unter dem „Ersatzniveau" bewegt, wird zunächst als akzeptable Orientierungshilfe angesehen. Obwohl bis Ende des Jahrhunderts noch mit einer Bevölkerungszunahme gerechnet wird, strebt man eine stationäre Bevölkerung an, in der Bevölkerungsgröße und Altersverteilung langfristig nur noch unwesentliche Fluktuationen aufweisen.
Die demographische Entwicklung soll sorgfältig beobachtet werden, damit notfalls mit geeigneten Mitteln interveniert werden kann.

Bevölkerungsrelevante Politik

Direkte Maßnahmen zur Beeinflussung der Fruchtbarkeit und der Familienbildung wurden bisher nicht getroffen. Die Regierung versucht die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen jeder frei und eigenverantwortlich entscheiden kann, wie dies auch für andere Lebensbereiche gilt. In Fragen der Familienpolitik hat sich die Regierung Zurückhaltung auferlegt, da die Familie nach dem Gesetz eine freie und autonome Institution darstellt.

Unabhängig davon wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen zur Hebung des Wohlstandes – sowohl des Einzelnen als auch der Familie – und zur Förderung sozialer Gerechtigkeit und der Menschenrechte. Obwohl keine dieser Maßnahmen spezifisch demographische Zielsetzungen hat, dienen einige dazu, die sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen zu beeinflussen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf Fruchtbarkeit und Familiengründung haben (indirekter Einfluß). Nachstehend erwähnte Regierungsmaßnahmen dürften eher zu einer Verminderung als zu einer Steigerung des natürlichen Bevölkerungswachstums beitragen:

Unterstützung privater Familienplanungskliniken,
Erleichterung des Zugangs zu nicht verordnungspflichtigen Kontrazeptiva und Rezeptierung von Verhütungsmitteln,
Erleichterung der Scheidung,
Kindergeld für das erste Kind unabhängig von den Lebenshaltungskosten,
freiwillige Sterilisierung im Rahmen der medizinischen Betreuung,
Steuerreform auf dem Gebiet der getrennten Besteuerung von Ehefrauen,
Steuererleichterung für „unvollständige Familien“,
Gesetz über gleichen Lohn für gleiche Arbeit,
Mutterschutzgesetz (keine Entlassung bei Schwangerschaft und Geburt eines Kindes),
neue Kindergeldregelung, Neuregelung der Abtreibungsrichtlinien usw.

Bezüglich der Wanderungspolitik möchte man – regional gesehen – im Norden des Landes ein bescheidenes Bevölkerungswachstum aufrechterhalten und andererseits die im großen Stil erwartete Abwanderung vom Westen der Niederlande in die Provinzen Gelderland und Bravant unterbinden.

Bei den Stadtregionen zielt die derzeitige Politik darauf ab, die Übervölkerung der Randzonen als Folge der Abwanderung aus den Kernstädten einzuschränken und sich dafür auf die Entwicklungsräume zu konzentrieren. Besonders im Westen, Osten und Süden sollten bestimmte ländliche Gebiete gegen die Verstädterung geschützt werden. Aus diesem Grunde wurden eine Anzahl von Städten konzipiert, die als Entwicklungszentren den Bevölkerungsüberschuß der umliegenden Regionen aufnehmen sollen.

Norwegen

Künftige Bevölkerungsentwicklung

In den vergangenen zwanzig Jahren hat der Anteil der über 67jährigen um 67% zugenommen und zwischen 1980 und 2000 rechnet man mit einer erneuten Zunahme von 8%. Im gleichen Zeitraum (1960 bis 1980) nahm die Gruppe der über 80jährigen um 70% zu und von 1980 bis 2000 dürfte mit einem weiteren Anstieg um 42% zu rechnen sein. Nahm die Gruppe der Kinder unter 7 Jahren in den beiden letzten Dekaden um 13% ab, so hofft man, bis zum Jahre 2000 zumindest auf eine Stabilisierung.

Regierungsstandpunkt und öffentliche Meinung

In den kommenden Jahren soll sich ein von der Regierung eingesetzter Ausschuß mit den sozialen und ökonomischen Konsequenzen alternativer Entwicklungen bezüglich Bevölkerungsgröße und Bevölkerungszusammensetzung befassen, sowohl regional als auch insgesamt. Mit einbezogen sind die Auswirkungen in den Bereichen Erziehung, Wohnungswesen und Beschäftigung, Gesundheitswesen und soziale Dienste. Ferner soll der Ausschuß die Zweckmäßigkeit und die Möglichkeiten einer Beeinflussung der demographischen Entwicklung durch Regierungsmaßnahmen untersuchen.

Damit dokumentiert die Regierung ihr Interesse an der Bevölkerungsentwicklung, hat Schritte eingeleitet, um entsprechende Feststellungen treffen zu können, aber a priori keinen Standpunkt zu diesen Fragen bezogen.

In der Öffentlichkeit wurde der Alterungsprozeß wiederholt angesprochen, während der sinkenden Geburtenzahl und den Eheschließungen weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Im allgemeinen besteht in der Öffentlichkeit kein großes Interesse an diesen Fragen. Heiß war lediglich die Debatte über die Abtreibungsgesetzgebung.

Demographische Ziele

In dem Vierjahresprogramm 1982 bis 1985 sowie in dem Aufgabenkatalog des Ausschusses betont die Regierung, daß bei jeder Bevölkerungspolitik der Gleichheitsgrundsatz für Mann

und Frau, die Lebensbedingungen der Familie mit Kindern und der alten Menschen, sowie gute Umweltbedingungen für Kinder und junge Leute im Vordergrund stehen müssen.

Bevölkerungsrelevante Politik

Nichts weist darauf hin, daß für die in den letzten zehn Jahren eingeleiteten politischen Maßnahmen Fragen der Fruchtbarkeit oder der Familiengründung als Leitmotiv in Betracht kommen.
Abgesehen von der Freizügigkeit der Wanderungen zwischen den nordischen Staaten gilt für Personen aus anderen Ländern in der Regel ein Einwanderungsstopp.

Österreich

Künftige Bevölkerungsentwicklung

Ausgehend von einem Geburtenüberschuß in den kommenden Jahren, rechnet man in Österreich bis zum Jahre 2000 mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 7,26 Mio. Nach einer anderen Modellrechnung wird die Bevölkerung im Jahre 2000 sogar auf 7,69 Mio. anwachsen, vorausgesetzt, daß die Fruchtbarkeitsrate 3% über dem derzeitigen Niveau liegt und auch künftig konstant bleibt, die fallende Sterberate ihren Trend beibehält und die Nettomigration nach Null hin tendiert.
Die Annahme, daß die Fruchtbarkeit konstant 15% unter der Reproduktionsrate bleibt, würde erst in ferner Zukunft zu einem Bevölkerungsrückgang führen. Unter dieser Prämisse würde die Gesamtbevölkerung vom Jahre 2015 an unter den derzeitigen Stand absinken und im Jahr 2030 eine Stand von 7,16 Mio. erreichen. In 50 Jahren wäre Österreichs Bevölkerung nach diesem Modell somit auf dem gleichen Stand wie 1963 angelangt.

Regierungsstandpunkt und öffentliche Meinung

Gegenüber der Geburtenentwicklung nimmt die Bundesregierung eine neutrale Haltung ein. Die internationalen Wanderungsbewegungen in ihrem derzeitigen Ausmaß werden im großen und ganzen akzeptiert, während der Trend hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Bevölkerung als ungünstig angesehen wird.
Die Massenmedien wiesen seit Mitte der 70er Jahre immer wieder auf die möglichen oder tatsächlichen Konsequenzen des Geburtenrückgangs hin, was nicht ohne Echo in der öffentlichen Meinung blieb. Bei einer Befragung verheirateter Frauen im Jahre 1978 beurteilten 60% der Befragten das Absinken der Geburtenrate als negativ und 70% hielten ein Nullwachstum der Bevölkerung für erstrebenswert. Jede dritte Frau plädierte für eine regierungsseitige Intervention, um die Geburtenziffer zu erhöhen und nur jede zehnte Frau vertrat die Auffassung, daß wesentliche finanzielle Hilfe ein Anreiz für mehr Kinder als bisher sein könnte. Seit dem leichten Wiederanstieg der Geburtenrate im Jahre 1979 hat dieses Thema allerdings an öffentliches Interesse verloren.
Für die derzeitige Regierung hat das Recht jedes Bürgers und jeder Familie, die Zahl der Kinder und den Zeitpunkt der Geburt selbst zu bestimmen, absoluten Vorrang. Dieses individuelle Recht wird gestützt einerseits durch Aufklärung, Beratung über Empfängnisverhütung und Geburtenkontrolle (einschließlich Abtreibung) und zum anderen aber auch durch finanzielle Unterstützung von Eltern, ledigen Müttern und abhängigen Kindern. Dies sind die Leitlinien einer nicht demographisch orientierten Familien- und Sozialpolitik.
Der Schwerpunkt der Familienförderung liegt auf der unmittelbaren finanziellen und materiellen Hilfe, um die Hilfe auch den sozial Schwachen und den Großfamilien zukommen zu lassen. Die Bedingungen für die Familienförderung müssen dergestalt sein, daß es der Familie überlassen ist zu entscheiden, wie die Versorgung und die Fürsorge für die Familie, die Führung des Haushalts und die Erziehung der Kinder zwischen den Eheleuten aufgeteilt wird. Ferner sollen Maßnahmen getroffen werden, Familienprobleme zu lösen, wenn beide Ehepartner arbeiten. Mitarbeitende Ehefrauen sollten in der Lage sein, Familie und Beruf ohne Überlastung in Einklang zu bringen. Maßnahmen der Sozial-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Wohlfahrtspolitik beeinflussen das Recht auf freie Entscheidungen des Bürgers keinesfalls. Dazu zählen unter anderem:

a) Ausbau des Mutterschutzes und Maßnahmen zur Verringerung der Kindersterblichkeit.
b) Liberale Gesetzgebung zur Aufnahme von Flüchtlingen.
c) Individuelle Einwanderungsgenehmigungen für Ausländer und das Recht auf Niederlassung aus familiären und ökonomischen Gründen.

Bevölkerungsrelevante Politik

Österreichs Politik beruht mehr auf sozialpolitischen Überlegungen als auf einer bevölkerungspolitischen Konzeption. Diese Politik schließt alle Familien mit Kindern ein und besteht aus direkten finanziellen und materiellen Zuwendungen sowie einer Reihe von Schutzmaßnahmen, die von Einkommen und Familie unabhängig sind:

a) Die Familienrechtsreform garantiert die Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe.
b) Verbessert werden die Schutzmaßnahmen für werdende Mütter und Kleinkinder. Zusätzliche finanzielle Hilfen wurden eingeführt für ledige Mütter und Familien mit behinderten Kindern.
c) Erleichterungen beim Schulbesuch: Lernmittelfreiheit und freier Transport von und zur Schule.
d) Direkte finanzielle Zuwendungen an Familien mit niedrigem Einkommen oder großer Kinderzahl.
e) In der Diskussion ist zur Zeit eine Reform der Unterstützung junger Familien beim Hausbau.

In der Regionalpolitik wird ein Ausgleich der unterschiedlichen Lebensbedingungen angestrebt, insbesondere durch Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und Verbesserung des Siedlungswesens, um die Wanderungsbewegung besser steuern zu können.

Hinsichtlich der Regionalstruktur wurden drei Postulate aufgestellt:

a) Die regionale Bevölkerungsverteilung sollte so konstant wie möglich gehalten werden.
b) Innerhalb der Ballungsräume sollten Nettoabwanderungen vermieden und im Umland ein Absinken der Bevölkerung verhindert werden.
c) Die Bevölkerung der Gebiete in Randlagen sollte soweit wie möglich erhalten werden, um einen Ausgleich der Lebensbedingungen zu erreichen.

Für die regionalpolitischen Ziele steht der Bundesregierung folgendes Instrumentarium zur Verfügung:

a) Das Sonderprogramm der ERP für Bergbau- und Grenzgebiete.
b) Hilfsprogramme für Bergbauern.
c) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die aus regional- und strukturpolitischen Gründen erforderlich werden.
d) Bekämpfung von kurzfristiger oder saisonaler Arbeitslosigkeit.
e) Berufliche Förderung von Arbeitern besonders in strukturell benachteiligten Gebieten.

Schweden

Künftige Bevölkerungspolitik

Die seit Jahren niedrige Fruchtbarkeit läßt befürchten, daß sich die Folgen künftig deutlicher in der Bevölkerungsentwicklung niederschlagen werden. Die 1980 stagnierende Bevölkerung wird voraussichtlich bis zum Jahre 2000 noch geringfügig abnehmen.

Regierungsstandpunkt und öffentliche Meinung

Bevölkerungspolitik wird in Schweden definiert als die Summe all der Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, Größe, Zusammensetzung, geographische Verteilung und Mobilität einer Bevölkerung zu verändern. Bevölkerungspolitik erhält damit den Charakter einer quantitativen Politik im Gegensatz zur qualitativen öffentlichen Wohlfahrtspolitik. Nach dieser Definition hat Schweden – im strengen Sinne – keine Bevölkerungspolitik.

Studien über die öffentliche Meinung zu Bevölkerungsfragen liegen nicht vor, obwohl demographische Fragen in der Presse und im Parlament diskutiert wurden. In die laufende Diskussion wurden neue Elemente hineingebracht, ausgelöst durch ein besseres Verständnis der demographischen Probleme in der Öffentlichkeit, wie auch durch die neue Rolle der Familie und den wachsenden Anteil der berufstätigen Frauen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie durch Abtreibungsprobleme.

Demographische Ziele

Die dominierenden Fragen in der öffentlichen Diskussion über Bevölkerungspolitik betrafen die staatlichen Einrichtungen für Kinder sowie die Vor- und Nachteile solcher institutionalisierter Einrichtungen. Ferner wurde die Länge der Arbeitszeit von Eltern mit Kleinkindern

diskutiert. Ein weiterer Diskussionspunkt ist der bisher sehr liberal geregelte Schwangerschaftsabbruch (praktisch keine Beschränkungen) vor dem Hintergrund der niedrigen Geburtenrate.
Die Tatsache, daß immer mehr Frauen berufstätig sind, ist mit auf den Arbeitskräftemangel in Schweden zurückzuführen. Die Auffassungen über ein in Zukunft ausreichendes Arbeitskräftepotential sind geteilt. Die Kernfrage ist, ob ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Aus all diesen Überlegungen hat die schwedische Regierung erstmals eine Studie über Probleme der Fruchtbarkeit in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, im Detail festzustellen, weshalb die Fruchtbarkeitsrate in den 70er Jahren zurückging und welches die finanziellen und sozialen Hemmnisse sind, die Frauen/Familien heute davon abhalten, die gewünschte Anzahl von Kindern zu haben. Die Studie soll damit Grundlage künftiger Maßnahmen in der Familienpolitik werden. Mit Fertigstellung dieser Untersuchung rechnet man im Laufe des Jahres 1983.

Bevölkerungsrelevante Politik
In der Familienpolitik wurde 1974 die Mütterfürsorge durch die Familienfürsorge ersetzt. Danach haben nach der Geburt eines Kindes auch Väter Anspruch auf Urlaub und Entschädigung wegen Verdienstausfalls. Solche Elternbeihilfen sind dem Vater oder der Mutter drei Monate lang zu zahlen. Erweitert wurde dieser Katalog 1978 um eine Reihe von Maßnahmen, unter anderem durch Urlaubstage zur Betreuung und Pflege von Kindern. Ab 1980 kann eine Familie bis zu 60 Tage Krankenpflegeurlaub in Anspruch nehmen. Ferner wird Kindergeld an alle Kinder gezahlt sowie eine zusätzliche Beihilfe bei drei und mehr Kindern; Wohngeld erhalten nahezu ein Drittel aller Familien.
Als Antwort auf die Landflucht in Nordschweden während der 50er und 60er Jahre leitete die Regierung etwa 1965 in stärkerem Maße als zuvor regionalpolitische Maßnahmen ein. Während in Süd- und Mittelschweden die abwandernde Bevölkerung weitgehend Beschäftigung in den angrenzenden Gemeinden oder Städten finden konnte, traf dies auf den Norden nicht zu. Um Arbeitsplätze zu beschaffen, vergab die Regierung dezentralisierte Zuschüsse an die Industrie wie auch an Tourismusbetriebe, Zuschüsse, die 1970 und 1973 auch anderen Handelszweigen zugute kamen. Mit diesen Maßnahmen konnte die Migration Anfang der 70er Jahre etwas ausgeglichener gestaltet werden. Nachdem damit gleichzeitig eine Dezentralisierung der Industrie erreicht worden war, verfolgte die Regionalpolitik nunmehr das Ziel, die Unterschiede in der Ertragskraft und in dem Wohlstand der einzelnen Regionen zu beseitigen. Dies geschah durch Schaffung von Arbeitsplätzen in Zonen mit niedrigem Beschäftigungsstand. Die Planung regionaler Maßnahmen auf nationaler Ebene, Bezirks- oder Gemeindeebene nimmt heute in Schweden einen breiten Raum ein.

Schweiz

Künftige Bevölkerungsentwicklung
Es wird die demographische Entwicklung bis zum Jahre 2040 prognostiziert. Dabei ist unterstellt, daß sich Ein- und Auswanderung die Waage halten werden, was sich mit der von der Regierung festgelegten Migrationspolitik deckt. Bezüglich der Sterblichkeit wird mit einem Einpendeln der durchschnittlichen Lebenserwartung für Männer bei 73,8 Jahren und für die Frauen sogar bei 81,3 Jahren gerechnet. Der Geburtenentwicklung wurden drei Modellrechnungen zugrunde gelegt:

1. Gleichbleibende Fruchtbarkeit (1,5 Kinder) je Frau,
2. leicht ansteigende Fruchtbarkeit auf 1,8 Kinder je Frau zwischen 1980 und 1986 und anschließend konstante Entwicklung,
3. stärker steigende Fruchtbarkeit bis auf 2,1 Kinder je Frau zu Anfang der 80er Jahre, dann konstante Entwicklung.

Alternative 3 würde langfristig die Regeneration sichern.
Unabhängig von den Modellen geht die Wohnbevölkerung im Projektionszeitraum (1980–2040) irgendwann zurück. Nach Modell 1 würde die Bevölkerung bis 1995 zunehmen und danach zurückgehen. Nach Modell 2 ergäbe sich eine Zunahme bis zum Jahre 2000 und danach eine Abnahme. Nach Modell 3 würde die Bevölkerung bis zum Jahre 2025 zunehmen und sich erst danach rückläufig entwickeln.
Vermutlich wird die Fruchtbarkeit geringfügig ansteigen, der Anteil der Älteren leicht zunehmen und die Gesamtbevölkerung leicht abnehmen.

Regierungsstandpunkt und öffentliche Meinung
In demographischen Fragen übt die Regierung seit jeher Zurückhaltung und betreibt keine eigenständige demographische Politik. Es wird der Standpunkt vertreten, daß die natürlichen Ressourcen sinnvoll und mit Umsicht zu nutzen sind, um eine lebenswerte Welt zu schaffen. Das erscheint unter der Bedingung denkbar, daß dem demographischen Wachstum und gewissen Bedürfnissen der Konsumgesellschaft Grenzen gesetzt werden. Aus dieser Sicht gewinnt die begrenzte Zulassung von Ausländern in der Schweiz Bedeutung. Die Regierung wird nur tätig im Rahmen der Sozialgesetzgebung, ohne die Eigenverantwortung des Bürgers und der Familie zu schmälern. Da jede Restriktion unter Umständen der Gesamtheit schadet, scheinen direkte demographische Eingriffe von vornherein ausgeschlossen. Jeder Schweizer Bürger handelt eigenverantwortlich bezüglich Zahl und Zeitpunkt der von ihm gewünschten Kinder und bestimmt somit selbst die für ihn idealen Lebensbedingungen. Dieses Prinzip sollte das Fundament und damit gleichzeitig auch das Ende jeder Diskussion über eine eventuelle demographische Politik sein. Eine öffentliche Meinung zu demographischen Fragen – ausgenommen zu Migrationsproblemen – ist in der Schweiz nicht erkennbar, auch wenn sich heute eine Arbeitsgruppe mit derartigen Problemen – insbesondere der Fruchtbarkeit – befaßt.

Demographische Ziele
Obwohl ein ausgewogenes Verhältnis von Gesamtbevölkerung und ausländischer Bevölkerung angestrebt wird, ist die Schweiz darum bemüht, die freie Entscheidung über die Zahl der Kinder sowie die Wahl des Wohnortes – dies gilt für Schweizer wie für Ausländer gleichermaßen – aufrechtzuerhalten. Eine stationäre „Entwicklung" (aus demographischer Sicht) der Bevölkerung wäre dabei durchaus wünschenswert.

Bevölkerungsrelevante Politik
Maßnahmen, die für die Fruchtbarkeit und die Familienbildung von Bedeutung wären, wurden bis zum Jahre 1980 nicht getroffen. Dagegen wurden im Rahmen der Familienpolitik die Bedürfnisse der Familie durch verschiedene soziale Maßnahmen in der Zeit von 1975–1980 weitaus stärker mit dem Ziel berücksichtigt, ein Korrektiv der Einkommensverteilung zu schaffen.

a) Da Familienpolitik nicht nur Aufgabe des Bundes, der Kantone und der Kommunen ist, unterstützt übrigens durch soziale Institutionen privaten Rechts (neutral oder konfessionell), fallen die Unterstützungsmaßnahmen oft unterschiedlich aus. So sind zum Beispiel nach kantonalem Steuerrecht die Sozialabzüge (je Haushalt oder je Kind) im wesentlichen aufgehoben worden, und in anderen Bereichen (Wohnung, Sozialversicherung, Schulgeld) ist der wirtschaftliche Schutz der Familie sogar noch verbessert worden. Bestimmt wird die Familienpolitik der Schweiz von dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit und keinesfalls von demographischen Erwägungen.
b) Ein ganz wesentliches Ziel Schweizer Familienpolitik ist es, durch Ausgleich der Familienlasten, der Familie mit Kindern einen Lebensstandard zu ermöglichen, der dem der Ehepaare ohne Kinder ähnlich ist, und zwar durch Familienzuschüsse und Steuererleichterungen, wobei die Zuschüsse an die Kinder auf dem Lande beträchtlich höher ausfallen. Ferner bewilligen die Kantone Sonderzuwendungen, wie zum Beispiel Geburts- und Berufsausbildungsbeihilfen.
c) In dem Bereich „Aktion soziale Hilfe" hat sich die Zahl der Familienberatungsdienste und der Eheberatungszentren vervielfacht.
d) Das Familienrecht wird zur Zeit im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Ehe und Familie überarbeitet. Damit sollen sowohl psychologisch als auch ökonomisch mehr Gleichheit wie auch bessere Beziehungen der Familienmitglieder untereinander erreicht werden.

Enkel bist du,
Siegen und Sorgen
Gestern Gewesener
Dankst du dein Dasein.

Hältst als Ahnherr
Segen und Fluch
Fernster Geschlechter
Hütend in Händen.

Lothar Stengel von Rutkowski.

DAS STEINERNE RIESENSCHIFF

Der Fehler liegt in der Eile", sagt ein altes chinesisches Sprichwort. Wir sollten es besonders auf Reisen beherzigen. Auch die Schwedenfahrer, die in Trelleborg das Fährschiff verlassen, drücken gewöhnlich auf die Tube, als gelte es, während der Urlaubstage auch hier noch Terminen nachzuhetzen. Vielleicht streben sie einem bestimmten Ferienziel oder einem vorausbestellten Nachtquartier entgegen. Dabei sollten sie jedoch nicht an den eindrucksvollen Sehenswürdigkeiten vorüberhasten, auch wenn diese in ihrem Reiseführer vielleicht nicht ausdrücklich mit einem Stern versehen sind.

Viele Menschen sind heutzutage von der Nostalgiewelle erfaßt, von der Sehnsucht nach der Vergangenheit. Bücher über die „alten Germanen" oder die „wilden Wikinger" werden zu Bestsellern. Und schon der Süden Schwedens ist reich an Hinterlassenschaften aus dieser Zeit, von der Fülle der bronzezeitlichen Felsbilder, bis hin zu den Schiffssetzungen, in denen die seefahrenden Nordmänner einst ihre Toten beisetzten.

Die ältesten dieser schiffsförmigen Steinovale werden von der Forschung in die Bronzezeit, spätere jedoch in die Zeit der Wikinger datiert. Dabei ist freilich die Frage noch ungeklärt, ob die Errichtung solcher Schiffssetzungen während dieser zweitausend Jahre – etwa von 1000 v. Chr. bis 1000 n. Chr. – ununterbrochen üblich war. Fundlücken nämlich lassen die Möglichkeit offen, daß dieser Brauch zwischendurch „außer Mode" gekommen war und erst Jahrhunderte später wieder aufgenommen wurde. Charakteristisch für die Schiffssetzungen ist jedoch in jedem Falle, daß sie sich meist in der Küstenzone befinden. Und in der Tat konnte – so der schwedische Prähistoriker Marten Stenberger – „eine seefahrende Bevölkerung keine ausdrucksvollere und würdigere Grabform besitzen".

Das Schiff hat bei den Skandinaviern stets eine besondere symbolische Bedeutung gehabt. „Vielleicht", so wiederum Stenberger, „hat die Vorstellung von einem Fahrzeug bestanden, das den Toten zu einem Land auf der anderen Seite der Lebensgrenze führen sollte." Doch diese steinernen Schiffe können auch „Erinnerungsmale für tüchtige Seeleute und damit zugleich Ausdruck der Bedeutung von Schiffahrt und Handel" sein.

Der Reisende, der in Trelleborg schwedisches Festland betritt und ostwärts die reizvolle Küstenstraße in Richtung Ystad fährt (von wo eine Fährverbindung nach Bornholm besteht), passiert 12 Kilometer später den kleinen malerischen Fischerort Kåseberga. Unten an dem kleinen Hafen sollte er seinen Wagen stehenlassen und auf den 47 Meter hohen Kåsehuvud hinaufsteigen, auf dem, unmittelbar über dem Meer, Schwedens größte Schiffssetzung liegt.

Sie besteht aus 58 übermannshohen Feldsteinen, die Stevensteine messen bis zu 3,3 Meter. Das steinerne Riesenschiff ist bis zu dem niedrigen „Ruderstein" am Heck 67 Meter lang. Die gewaltige Anlage mag ursprünglich als Grabmal oder Gedenkstätte für einen erfolgreichen Seefahrer oder bedeutenden Wikingerhäuptling gedient haben. Doch inmitten der imponierenden Versammlung von Großsteinen muß man zugleich an die These denken, nach der so große Schiffssetzungen auch Orte der Zusammenkünfte und der Rechtsprechung gewesen sein können, also Thingplätze, an denen die einstigen Volks-, Gerichts- und Heeresversammlungen unter freiem Himmel stattfanden. Vielleicht diente auch dieser Platz als Kultstätte, rief man von hier aus gemeinsam die Gottheiten an, um Glück und Segen für die bevorstehenden Handels- oder Eroberungsfahrten zu erflehen. Hoch und bis zu den Horizonten wölbt sich über einem der Himmel, und weit geht der Blick hinaus aufs Meer, an klaren Tagen kann man sogar Bornholm sehen.

Doch auch dem technischen Können der damaligen Nordmänner muß man Achtung und Bewunderung zollen, denn der kambrische Sandstein, aus dem die hohen, tonnenschweren Steine bestehen, kommt nicht in der unmittelbaren Nähe ihres jetzigen Standortes vor. Die Steine mußten mindestens von dem etwa 20 Kilometer entfernten Gisløf herbeigeschafft und herauftransportiert werden – eine technische Leistung, die bereits organisierte Gemeinschaftsarbeit voraussetzt.

Beim Abstieg von der altehrwürdigen Kultstätte blicken wir auf den idyllischen Hafen zu Füßen des Hügels hinab, dessen Mole sich schützend um das kleine Hafenbecken schwingt.

„Keines dieser Steinschiffe ist auf archäologischem Wege datiert", sagt Stenberger, und auch über ihre Aufgaben lassen sich, wie wir sahen, nur Vermutungen anstellen. Im Norden herrschte damals ja noch „schriftlose Vorzeit", aus der es keine Aufzeichnungen oder Urkunden gibt, in denen wir nachlesen könnten, was die Menschen damals dachten oder fühlten und woran sie glaubten. Gerade diese Ungewißheit aber, das Rätselhafte, das auch über dem Kåsebergaschiff liegt, gibt dem Besuch dieser Stätte eine besondere Weihe.

Wenn wir vielleicht am Ende unseres ersten Urlaubstages hier oben stehen und die Abendsonne läßt die altehrwürdige Steinversammlung gleichsam von innen heraus erglühen oder das Riesenschiff erhebt sich mit seinen Felszacken vor dem roten Horizont, dann ahnen wir, daß dieses Land hier noch so manche Überraschung aus fernen Urzeittagen für uns bereithält. Es wäre nicht klug gewesen, dieses Erlebnis zu versäumen: Der Fehler so vieler Reisender „liegt in der Eile".

Größtes Sonnenrad südlich von Haithabu restauriert

Vlotho. Für die Römer, so hatten es Caesar und Tacitus niedergeschrieben, hießen die Leute rechts des Rheins „Germanen". Die Bevölkerung benutzte diesen Namen nicht als Selbstbezeichnung. Sie war in viele größere und kleinere Stämme gegliedert, die bei allen Unterschieden in Sprache und Gebräuchen einheitliche Gesetze beachteten und gemeinsame Götter verehrten.



Durch mündliche Überlieferung wurde der Glaube von Generation zu Generation überliefert. Die Götter zeigten sich den Menschen in Naturerscheinungen. Blitz und Donner, Tag und Nacht, Wasser und Feuer waren Werkzeuge der vielköpfigen Götterfamilie. Sie wurde im Gegensatz zu den Religionen der Südländer nicht in kunstvoll gebauten Tempeln, sondern in der freien Natur verehrt. Das war einer der Gründe, weshalb die Römer auf die in Holzhäusern wohnenden Barbaren herabsahen. Bartträger ohne Kultur und Gesetz, das waren diese Stämme aber nicht, wie kostbar gearbeitete Grabbeigaben aus Bronze und Gold beweisen. Sie berechneten Winter- und Sommersonnenwende auf den Tag genau und würdigten diese mit Kultfeiern in heiligen Hainen. Die Sonne war im ganzen indogermanischen Raum das Symbol des Lebens, häufig dargestellt als Sonnenscheibe oder Sonnenrad mit geraden oder spiralig angeordneten Speichen.

Die ersten iroschottischen und angelsächsischen Missionare brachten mit Bonifazius im achten Jahrhundert die Segnungen des Christentums in die sturen norddeutschen Schädel, teil- und zweitweise unter Zuhilfenahme harter Gegenstände.

Die heiligen Männer konnten aber nicht alle Überlieferungen der Alten ausrotten und mancher der Getauften hielt es sicherheitshalber noch ein wenig mit dem hergebrachten Glauben. Neben den gekreuzten Pferdeköpfen ist das Sonnenrad das am häufigsten verwendete Symbol aus der heidnischen Zeit. Die meisten Fachwerkhäuser der Langen Straße tragen es im Giebel.

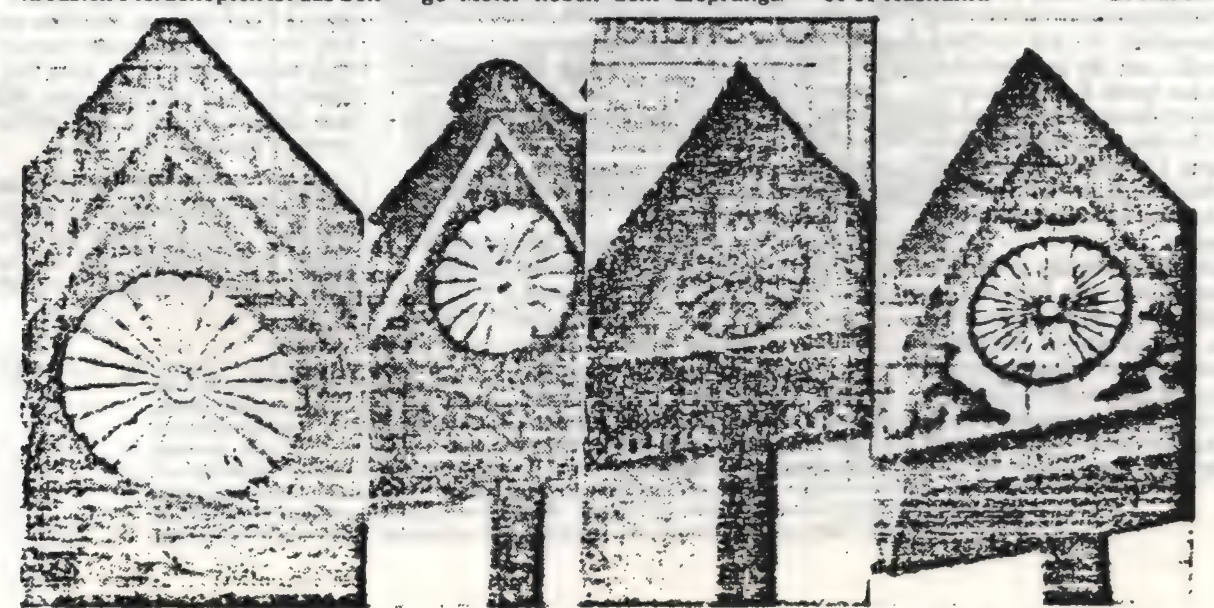
Bei den Bauarbeiten an der neuen Weserbrücke wurde auf dem Gelände des früheren Klosters Schune an der Mühlenstraße ein Sonnenrad in der Hofpflasterung entdeckt (Bild oben).

Es gilt mit 3,50 m Durchmesser als das größte seiner Art neben einem Exemplar, das bei den Ausgrabungen von Haithabu freigelegt wurde. Auf Veranlassung des Landeskonservators war es von Studenten der Fachhochschule Münster, Fachbereich Architektur, abgetragen und unter der Leitung von Prof. Gievenbecker nur wenige Meter neben dem ursprünglichen Fundort restauriert worden.

Da wiederholt bei ähnlichen Objekten durch Andenkensammler und Hobby-Archäologen Schäden verursacht wurden, war für die Dauer der Montage ein Beamter des LKA mit Schutzhund angefordert worden. „Wotan" brauchte nicht einzugreifen, er hielt Schaulustige allein durch seine Anwesenheit auf Distanz.

Prof. Gievenbecker bittet um Verständnis dafür, daß Besichtigungen durch Gruppen oder Schulklassen erst nach Beendigung der Arbeiten am Parkplatz neben der Brücke erfolgen können.

Über den Termin gibt das Stadtbauamt unter der Rufnummer 30 81 Auskunft. **D. Narb**



Als Relikte aus vorchristlicher Zeit tauchen Sonnenräder an vielen Vlothoer Gebäuden auf – wir fotografierten sie an der Langen Straße an den Häusern Malz, Sturhann und gegenüber dem Sommerfelder Platz. Fotos: Stool

Vlothoer Anzeiger 30.3.1984

Wie Thor wieder auferstand

In Island sind Germaniens Götter aufs neue im Kommen

Nach fast 1000 Jahren „Verbannung" hat eine Heidenkirche Odin, Thor und andere altgermanische Götter nach Island zurückgebracht; aber nur wenige der meist protestantischen 230 000 Isländer bekennen sich zu dem Kult. Die Verehrung der germanischen Gottheiten war im Jahre 1000 vom Althing, dem ältesten Parlament der Welt, verboten worden. Erst im Jahre 1973 ließ die Regierung dann im Namen der Religionsfreiheit den Heidenkult wieder zu. Heute gehören dem Kult, der die Isländer an ihr kulturelles Erbe erinnert, an die 100 Mitglieder an.

Der Hohe Priester, der den alten Titel Allsherjargodi trägt, heißt Sveinbjörn Beinteinsson und ist ein 57 Jahre alter, weißbärtiger Schafzüchter. Er versteht sich als Dichter und trägt seine Werke im alten Rhythmus vor. Beifall bekommt er aber auch, wenn er gelegentlich bei Rockveranstaltungen auftritt. Die Heiden nennen sich nach der altgermanischen Götterfamilie Asen-Kult. Sie haben sich zwölf Gebote zugelegt, von denen schon das erste alle Götter „sowie Elben und andere Mächtige" anerkennt.

Anders als ihre Vorfahren, die den Göttern zeitweise sogar Menschenopfer darbrachten, opfern Beinteinsson und seine Anhänger nicht einmal Tiere, weil dies gegen das Gsetz wäre. Sie füllen ihre Trinkhörner auch nicht mit Starkbier, das auf Island nicht ausgeschenkt werden darf, und Met, das alte Getränk der Wikinger, gibt es ebenfalls nicht. „Es ist unwichtig, was wir trinken. Manchmal ist es Schnaps, manchmal etwas anderes", sagt Beinteinsson und nimmt im Mokka-Café von Reykjavik, einem Künstlertreffpunkt, einen tiefen Schluck Dünnbier. Die Sagas, wie sie von christlichen Gelehrten um 1100 bis 1200 niedergeschrieben wurden, hätten keine Einzelheiten der alten Rituale enthalten, sagt der Hohe Priester. Die heutigen modernen Heiden müßten daher improvisieren. „Ein Fest ist immer einem Gott gewidmet. Wir rezitieren alte Lieder und trinken. Und dann suchen wir nach Anzeichen, ob die Götter zufrieden waren. Wenn sie es waren, dann bekommen wir eine gute Ernte."

Viele der Feste finden auf Beinteinssons Schaffarm bei Draghals, etwa 90 Kilometer nördlich von Reykjavik, statt. Dort haben die Heiden auch ein zwei Meter hohes Thor-Standbild errichtet. Über einen Tempel verfügt die Sekte nicht, noch nicht einmal über ein Büro, an das sich mögliche Konvertiten wenden könnten. Für Veranstaltungen im Winter mietet man eine Halle in Reykjavik. Der Kult finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen von etwa 25 Mark im Jahr, die in der Höhe der staatlichen Kirchensteuer entsprechen. Beinteinsson ist von der Regierung als Priester anerkannt und darf Heidenaufnahmen, Eheschließungen und Beisetzungen vornehmen. Bisher, sagt er, habe er vier „Taufen" und vier Hochzeiten zelebriert, noch nie aber ein Begräbnis. Es seien zwar schon einige Angehörige des Kults gestorben, auf Wunsch der Hinterbliebenen aber hätten sie christliche Begräbnisse erhalten. Das siebente Gebot des Asen-Kults läßt das auch ausdrücklich zu.

ROLF SÖDERLIND (AP)

Deutsch auf dem Rückzug

AFP, Paris

Die Bewohner der Länder, in denen romanische Sprachen gesprochen werden, machen bei gleichbleibenden demographischen Tendenzen im Jahr 2000 knapp eine Milliarde Menschen und damit fast ein Sechstel der Erdbevölkerung aus. Das geht aus einer Untersuchung hervor, die jüngst von der „Union Latine", einer zwischenstaatlichen Organisation für kulturelle Zusammenarbeit, in Paris veröffentlicht wurde, und die der deutschen Sprache nur wenig Zukunftsaussichten einräumt. Diesen Angaben zufolge wird die Bevölkerung der romanischsprachigen Länder in diesem Zeitraum erheblich stärker zunehmen als die der deutsch- oder slawischsprachigen Staaten.

Berücksichtigt wurden in der Studie, deren Autor eine Expertin der Universität Paris ist, Spanisch, Französisch, Portugiesisch, Italienisch und Rumänisch als offizielle Landessprachen. In den nächsten 20 bis 25 Jahren wird Englisch die weltweit am meisten gesprochene und unterrichtete Sprache bleiben. Doch die fünf romanischen Sprachen könnten wegen der Bevölkerungsdynamik in den betroffenen Ländern dem Englischen den Platz langfristig streitig machen, merkte die Verfasserin Carmen Mata an. Sie sind Landessprachen in 61 Staaten, die 27 Prozent der Erdoberfläche ausmachen, und könnten in 30 bis 40 Jahren einen vorherrschenden Einfluß ausüben. Für den französischsprachigen Bereich sieht die Studie zwischen 1980 und 2000 ein Wachstum von 67 Prozent vor, für Spanisch 66 Prozent, Portugiesisch 65 Prozent, Rumänisch 15 Prozent und Italienisch fünf Prozent. Der englische Sprachbereich soll um 43 Prozent zunehmen, während der deutsche um drei Prozent zurückgehen würde.

Bisher sei nur wenig über die Zielsetzung des fremdsprachlichen Unterrichts nachgedacht worden. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die Kinder von 1984 die erlernten Sprachen im Jahr 2005 auch voll nutzen können. Die Zukunft der deutschen Sprache werde durch den Bevölkerungsrückgang in den beiden deutschen Staaten beeinträchtigt.

WELT 5.3.1984

Bevölkerung

Etwas ist faul im Staate Dänemark...

Kopenhagen (ptv/di). Wenn sich unsere Nachbarn im Norden weiterhin beim Fortpflanzen derart zurückhalten, wird es in zwei bis drei Generationen nur noch zwei Millionen Dänen geben – drei Millionen weniger als heute.

Diese offiziellen Berechnungen des staatlichen Instituts „Danmarks Statistik" wurden jetzt im „Politischen Wochenbrief" des dänischen Management-Verlages veröffentlicht.

Ärzte Zeitung 3.5.1984

Sonnenbad besonders für „Helle“ gefährlich

Berlin (Jan). Es gibt verschiedene Hinweise, daß Sonnenlichtexposition die Melanomentstehung fördert. Epidemiologische Daten, die Morphologie des Melanoms und Befunde von Lichttestungen am Menschen machen dies, wie Frau Dr. Christa Kuehnl-Petzold, Freiburg, auf dem 32. Deutschen Kongreß für Ärztliche Fortbildung in Berlin betonte, wahrscheinlich. Tierversuche haben dagegen noch keinen eindeutigen Hinweis gegeben, daß durch Sonnenlicht Melanome hervorgerufen werden. Auch kann das Sonnenlicht nicht allein für die Entstehung eines Melanoms verantwortlich sein, denn sie entwickeln sich auch im Auge, am Magen-Darm-Kanal, an der Vulva usw.

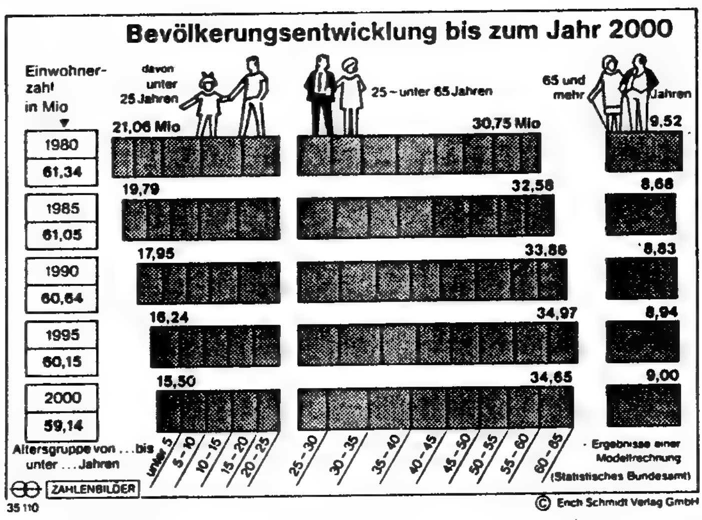
Die These, daß starke Sonneneinwirkung die Melanomentstehung fördert, wird hauptsächlich durch epidemiologische Daten gestützt. Dabei ist offensichtlich die Diskrepanz zwischen zugemuteter und tolerierter Sonnenexposition wichtig. Ein gutes Beispiel dafür sind Statistiken aus Australien. Die hellhäutige Bevölkerung, von der viele keltischer Abstammung sind, hat die höchste Melanominzidenz der ganzen Welt. Offensichtlich können die Melanozyten dieser Menschen wegen der extremen Sonnenexposition nicht genug Melanin synthetisieren. Dadurch sind einmal die Zellkerne der Epidermiszellen nicht ausreichend geschützt und zum anderen scheinen die Melanozyten selbst den Sonnenschaden nicht so gut abfangen zu können. Sie reagieren nämlich mit gesteigerter oder abnormer Proliferation, was vermehrte Pigmentflecke und unter Umständen Melanome zur Folge hat.

Aus diesen epidemiologischen Zusammenhängen erkennt man, wie Frau Dr. Kuehnl-Petzoldt betonte, die unterschiedliche genetische Disposition der verschiedenen Individuen. So sind aschblonde, sommersprossige und hellhäutige Menschen besonders häufig unter Melanopatienten zu finden. Stärker pigmentierte Rassen wie Südeuropäer, Mittelamerikaner, Japaner und Neger entwickeln dagegen seltener Melanome.

Auch läßt sich diese klinische Beobachtung durch Experimente unterstützen. Bei einer niedrigeren Bestrahlungsdosis als bei Kontrollpersonen bekommen Melanompatienten bereits ein UV-Erythem. Auch bleibt die Rötung bei drei Vierteln der Patienten etwa zwei bis drei Wochen bestehen, wo hingegen bei den meisten anderen Menschen ein kräftiger Sonnenbrand schon nach fünf bis zehn Tagen verschwindet.

Zum Schluß erklärte Frau Dr. Kuehnl-Petzoldt, daß Melanome nicht direkt und allein durch UV-Exposition entstehen. Es gibt nach ihrer Meinung vielmehr zwei pathogenetische Wege: 1. Das Sonnenlicht fördert bei genetischer Prädisposition als Kofaktor zusammen mit möglichen anderen exogenen Noxen die Melanomentstehung. Das Sonnenlicht modifizert das klinische und histologische Erscheinungsbild des Melanoms.

Ärzte Zeitung
3o.5.1983



Bis zum Jahre 2000 wird die Bevölkerung der Bundesrepublik schrumpfen. Wegen der unregelmäßigen Altersstruktur sind aber in den einzelnen Altersklassen gegenläufige Bewegungen zu erwarten, die das Bildungs- und Ausbildungswesen, den Arbeitsmarkt und die soziale Sicherheit vor schwer lösbare Probleme stellen. In der Altersklasse der 15- bis 19jährigen beispielsweise – ihre Zahl bestimmt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und den Besuch der Sekundarstufe II – läßt sich eine starke Abwärtsbewegung voraussehen. Gehörten dieser Altersgruppe 1980 noch fast 5,2 Mio. Menschen an, so sind es im Jahr 2000 möglicherweise nur noch 3,1 Mio. Die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 26 und 64 Jahren nimmt dagegen bis zum Ende des Jahrtausends deutlich zu: Es werden dieser Altersklasse dann rund 34,6 Mio. Personen angehören.

Deutsche Männer greifen zu: Für 12 000 Mark gibt es eine junge Asiatin

Der exotische Heiratsmarkt stellt sich als moderne Form des Menschenhandels dar

Von unserem Redaktionsmitglied Ina Kügler

„Dort hat der Mann noch die Hosen an, weil die Mädchen das gar nicht anders gelernt haben." Die Rede ist von den Philippinen, „dem einzigen Land in Asien, wo der christliche Glauben vorherrscht". So preist ein deutsches Ehevermittlungsinstitut das fernöstliche Land und dessen Frauen an. „Eine bessere Partnerin gibt es auf der ganzen Welt nicht mehr für Sie, und wenn Sie einsam sind, nutzen Sie noch heute unser Angebot."

Immer mehr Männer, die auf dem deutschen Markt nicht landen konnten, nutzen dieses Angebot: Philippinas und Thai-Frauen zu Festpreisen, mit Umtauschrecht, ohne Risiko. „Ihre Frau", so ein Kölner Institut, „braucht früher oder später noch ein Paar Handschuhe, ein Paar Stiefel und einen Mantel, damit sie gut durch den Winter kommt. Doch diese Kosten sind bald amortisiert, denn fernöstliche Mädchen rauchen nicht, trinken nicht und passen sich leicht an alle Verhältnisse an."

Menschenhandel im 20. Jahrhundert? Oder nur exotischer Heiratsmarkt? Mit Zeitungs- und Zeitschriftenannoncen wie dieser: „Eine süße kleine Asiatin, zärtlich, jung, anschmiegsam und treu, die keinen Reichtum, sondern nur Liebe, Geborgenheit und Verständnis sucht – möchten Sie so ein liebes Mädel heiraten?"

Die Evangelische Frauenhilfe und die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands prangerten in einer Dokumentation diesen Sklavenhandel mit asiatischen Frauen an: „Welches sind die Werte unserer Gesellschaft, in der Menschen verkauft werden können? Und was für ein Frauenbild wird hier als dem christlichen Glauben entsprechend verkauft?"

Dieses Frauenbild läßt rund 120 Ehevermittlungsinstitute in der Bundesrepublik gut leben: Sobald ein Kunde seine Wahl an Hand von Fotografien fernöstlicher „Schmusekätzchen" getroffen hat, bezahlt er beispielshalber 9000 Mark für sein Rundreiseticket und seinen Aufenthalt in Bangkok mit seiner zukünftigen Frau. Sollte er heiraten, bezahlt er weitere 3000 Mark an das Institut. „Schnelles Geld für das Institut", wie ein angehender Vermittler betont, welches zudem vom Finanzamt kaum kontrolliert werden könne.

Finanzämter sind also weitgehend machtlos – Gerichte aber auch. Denn Annoncen, in denen Frauen zu Waren herabgesetzt werden, stellen zwar unlauteren, geschmacklosen Wettbewerb dar. Allerdings ist den Instituten strafrechtlich nur schwer beizukommen.



Thai-Frauen gelten als die schönsten der Welt: „Möchten Sie so ein liebes Mädel heiraten?" Bild: Archiv

Die Bundestagsabgeordnete Hertha Däubler-Gmelin möchte daher Zeitungen und Zeitschriften drängen, derartige Anzeigen abzulehnen. „In diesen Anzeigen wird an Kolonialinstinkte appelliert, sie sind rassistisch und antiemanzipatorisch, Grund genug eigentlich für Zeitungen, solche Aufträge abzulehnen", so die Bundestagsabgeordnete.

Als Beleidigung könnten derartige Anzeigen nur dann geahndet werden, wenn eine Asiatin einen Strafantrag stellen würde. Wie aber sollen diese Frauen ihre Rechte wahrnehmen? Dazu erklärt die Deutsch-Philippinische Gesellschaft in Mainz: „Die Philippinas stellen aus Scham keine Strafanträge. Sie sind wie eine Ware eingekauft worden. Sie leben hier isoliert, ohne ihre Familie, ohne Sprachkenntnisse, ohne Bewegungsfreiheit, ohne ihre Rechte zu kennen."

Asiatinnen sind daher total abhängig von ihren deutschen Ehemännern. Diese Asiatinnen sind somit ungleich schlechter gestellt als etwa deutsche Frauen, die sich an ein Ehevermittlungsinstitut gewandt haben. Denn deutsche Frauen (und Männer) können Verträge lösen, können in ihre vertraute Umgebung zurückkehren.

Asiatinnen ist dieser Weg versperrt – zu groß wäre die Schande, in die fernöstliche Heimat zurückzukehren. Ohnehin ist eine Rückkehr meist unmöglich, da nicht alle Institute ihre deutschen Kunden dazu verpflichten, für die eingekaufte Frau ein Rückflugticket zu hinterlegen.

Dieser exotische Heiratsmarkt sieht also nur einen Verlierer vor: die Frauen. Denn wenn eine Ehe in der Bundesrepublik nicht zustande kommt oder eine Ehe schiefgeht, bleibt diesen Frauen oft kein anderer Weg als der in die Prostitution. Endstation von Asiatinnen, die von einem besseren Leben in der Bundesrepublik geträumt haben.

Dazu meint Christel Meyers-Herwartz von der Evangelischen Frauenhilfe: „In der Bundesrepublik gibt es gegen diesen Sklavenhandel noch keinen organisierten Widerstand, kein Unrechtsbewußtsein."

Sehr hübsche, nette

philippinische Damen jeden Alters

suchen deutsche Männer zwecks Heirat

Partnervermittlung ASIA,

Seyfferstr. 20, 7000 Stuttgart West,
Tel. 07 11 / 61 33 71

Ein Beispiel für viele ...

NORDISCHER RING E.V.
Postfach 53 04 08

D-2000 Hamburg 53

NORTHERN LEAGUE
P.O.B. 1769
Amsterdam
Netherland

EINLADUNG

Der Nordische Ring e. V. und die Northern League laden gemeinsam ein zur Feier der 1975. Wiederkehr der Schlacht im Teutoburger Wald . Aus Anlaß dieser im September des Jahres 9 stattgefundenen Schlacht hat die Northern League vor 25 Jahren ein Treffen in Detmold veranstaltet. Das diesjährige Treffen wird ganz in der Nähe von Detmold, nämlich in 4934 Horn-Bad Meinberg stattfinden. Busse fahren stündlich von Detmold nach Horn. Wir werden dort im Hotel "Zur Post" (Tel. 05234-2958) tagen.

Programm

Freitag, 07.09.,	9 Uhr	Begrüßung durch Jan Kruls (Northern League) und Dr. Wielant Hopfner (Nordischer Ring)
		Anschließend: Lichtbildvortrag von Jan Kruls: '"The Symbol of the Tryfoss"
	11 Uhr	Fahrt zum westfälischen Freilichtmuseum und Besichtigung der dortigen Fachwerkbauten
	17 Uhr	Vortrag von Prof. Reinerth: "Germanen am Bodensee" (mit Lichtbildern)
	20 Uhr	Filmabend
Samstag, 08.09.,	9 Uhr	Vortrag von Jürgen Rieger: "Was besagt uns die Tat des Arminius heute?"
	11 Uhr	Besichtigung des Hermannsdenkmals
	14 Uhr	Vortrag von Herman Bruggen "Flämische Geschichte"
	17 Uhr	Vortrag von Jürgen Spanuth: "Der Atlantisbericht als "Germania" der Bronzezeit" (mit Lichtbildern)
	20 Uhr	Germanischer Abend mit Ansprachen, Grußworten, Liedern, Volkstänzen u.a.
Sonntag, 09.09.,	9 Uhr	Vortrag von Mr. Thompson: "The Coloured Peoples in Great Britain"
	11 Uhr	Gemeinsame Gesprächsrunde: "Die Lage der germanischen Völker heute"
	14 Uhr	Besichtigung des Germanengehöftes in Örlinghausen
	17 Uhr	Vortrag von Prof. Schulz: "Historisches Geschehen im Nachhall von Dichtung und bildender Kunst"

	20 Uhr	Vortrag von Dr. Haye W. Hansen: "5000 Jahre germanische Vorzeit" (mit Lichtbildern)
Montag, 10.09.,	9 Uhr	Besichtigung der Externsteine
	11 Uhr	Lichtbildvortrag von Dr. Haye W. Hansen : " Felsbilder der Bronzezeit" (mit Lichtbildern)
	13 Uhr	Ende der Tagung

Wie Sie aus dem Programm sehen, lohnt es sich durchaus, sich zwei Tage Urlaub zu nehmen. Wir haben fesselnde Vortragende gewonnen. Wir werden sehen, wie die Germanen früher gelebt haben, und wie sich das Germanengehöft in heutigen Häuserformen fortsetzt. Wir werden das großartige Hermannsdenkmal sehen, ferner das Zentralheiligtum der Externsteine. Es wird viele Kontakte zu Menschen der germanischen Nachbarvölker geben.

Wir erwarten deshalb einen guten Besuch, und wollen die Tagungsgebühren für Erwachsene mit jeweils DM 15,-- für Freitag, Samstag und Sonntag mit 7,50 DM für Montag geringhalten (Jugendliche unter 18 Jahren zahlen Freitag, Samtag und Sonntag je DM 5,--, Montag nichts, Kinder sind generell frei). Die Eintrittsgelder bei den Exkursionen (Freilichtmuseum,Germanengehöft, Externsteine, Hermannsdenkmal) sind in den Tagungsgebühren mit enthalten.

Um zu entscheiden, ob wir bei den Ausfahrten einen Bus benötigen, bitten wir Sie um Anmeldung, wenn Sie ohne PKW kommen, ferner um Anmeldung, wenn sie mit einem PKW kommen und noch Mitfahrgelegenheiten haben.

Die Zimmerbestellung geben Sie bitte bei den jeweiligen Hotels selbst auf, oder fragen beim Verkehrsamt (Rathausplatz 1, Tel. 05234-851) nach weiteren Möglichkeiten. Nachfolgend die Hotelliste:

Hotels im Stadtteil Horn:

Hotel Vialon, Rathausplatz 1,	Tel. 8 88	10 Einzelzimmer	zu 40 -	45 DM
		10 Doppelzimmer	zu 80 -	90 DM
Hotel Garre, Bahnhofstr. 55,	Tel. 33 38	3 EZ	zu 35 -	45 DM
		5 DZ	zu 60 -	80 DM
Hotel zur Post, Mittelstr. 91,	Tel. 29 58	7 EZ	zu 25 -	35 DM
		10 DZ	zu 49 -	62 DM

Stadtteil Holzhausen:

Hotel Lindenhof, Stemberg 2,	Tel. 23 47	8 EZ	zu 25 -	35 DM
		9 DZ	zu 50 -	60 DM
Kurhaus Bärenstein,		36 EZ	zu 46 -	62 DM
		19 DZ	zu 88 -	120 DM

Stadtteil Bad Meinberg:

Kurhaus zu Stern, Parkstr. 15,	Tel. 980 06	36 EZ	zu 39 -	64 DM
		27 DZ	zu 70 -	120 DM
Hotel Teutonia, Allee 19,	Tel. 988 66	8 EZ	zu 48 -	58 DM
		9 DZ	zu 96 -	116 DM
Gästehaus Mönnich, Brunnenstr. 55,	Tel. 988 45	9 EZ	zu 39 -	48 DM
		2 DZ	zu 86 -	90 DM
Hotel drei Kronen, Pyrmonter Str. 1,	Tel. 980 51	12 EZ	zu 44 -	55 DM
		5 DZ	zu 88 -	110 DM

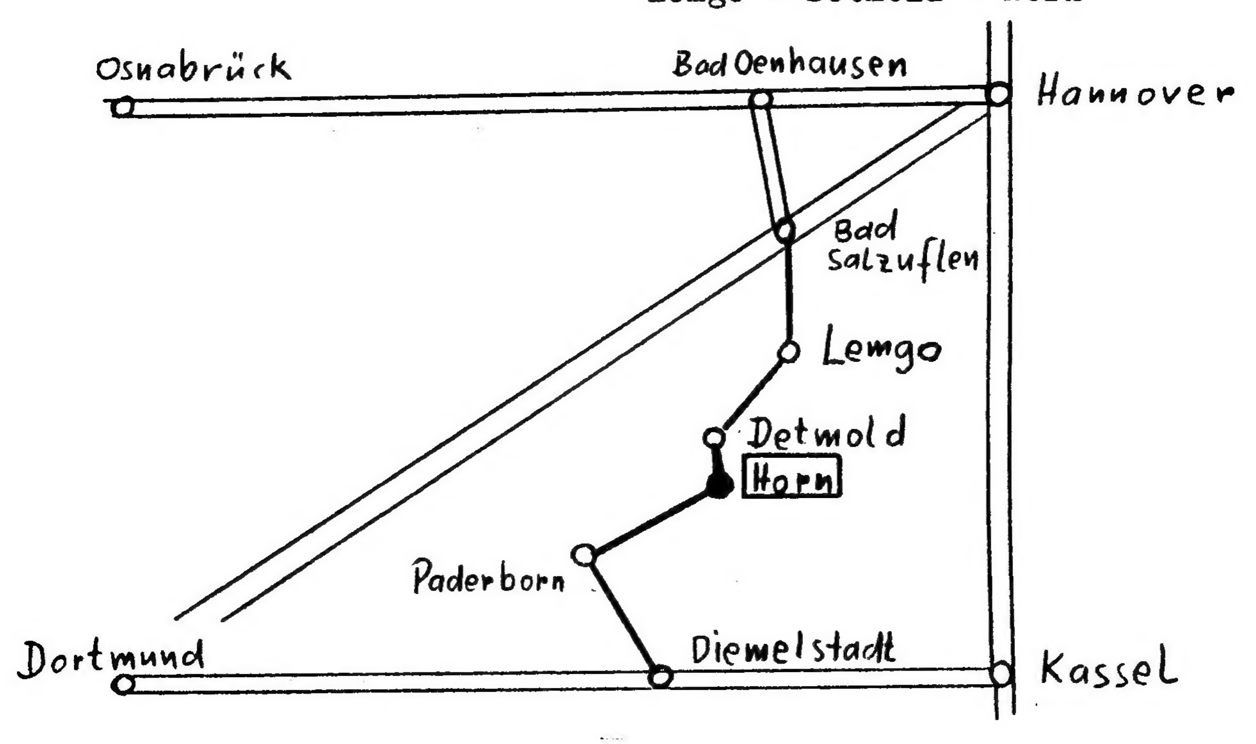
Anreisemöglichkeiten:

Bahnlinie Dortmund - Altenbeken - Detmold
Bahnlinie Hannover - Altenbeken - Detmold
Bahnlinie Hengelo - Rheine - Osnabrück - Herford - Detmold
Bahnlinie Bremen - Wunstorf -Herford - Detmold

Ab Detmold/Hauptbahnhof : Busverbindung nach Horn stündlich

Mit dem Auto:

Autobahn Hannover - Dortmund, Ausfahrt Bad Salzuflen - Lemgo - Detmold - Horn
Autobahn Würzburg - Kassel -Dortmund, Ausfahrt Diemelstadt - Paderborn - Bad Lippspringe - Horn
Autobahn Bremen - Osnabrück - Bad Oeynhausen -Bad Salzuflen - Lemgo - Detmold - Horn



Ehrenamtlicher Verlag: Gesamtdeutsche Warte, Tresckowstraße 52, 2000 Hamburg 19, Telefon 040 / 40 31 18.

Verantwortlich f.d.Inhalt: RA Jürgen Rieger, 2000 Hamburg 55.

Bezug nur gegen Vorkasse beim Verlag. Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr.

Verantwortlich für den Inhalt der Beiträge ist der jeweilige Verfasser.

PREISE bei Nachbestellung dieser Zeitschrift: (nur gegen Vorkasse)

1 Exempl. DM 2,50 / 5 Exempl. DM 10,-- / 25 Exempl. DM 40,--

KONTEN: Postscheckkonto Hamburg 1464 47-204 oder 3040 45-203 (Albrecht Müller) oder
Dresdner Bank Hamburg, Kto. 4 110 523 (Albrecht Müller/ Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft).